



Detailansicht des Registereintrags

Reporter ohne Grenzen (RSF Germany; RSF Deutschland)

Stand vom 06.08.2026 10:43:47 bis 17.08.2026 12:30:47

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R002214
Ersteintrag:	28.02.2022
Letzte Änderung:	06.08.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	30.06.2026
Tätigkeitskategorie:	Nichtregierungsorganisation (NGO)
Kontaktdaten:	Adresse: Publix Hermannstraße 90 12051 Berlin Deutschland Telefonnummer: +4930609895330 E-Mail-Adressen: kontakt@reporter-ohne-grenzen.de Webseiten: https://www.reporter-ohne-grenzen.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen, Öffentliche Zuwendungen, Mitgliedsbeiträge,
Wirtschaftliche Tätigkeit, Sonstiges

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

310.001 bis 320.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

5,00

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Martin Kaul**
Funktion: Geschäftsführender Vorstand
2. **Dr. Maik Thieme**
Funktion: Kaufmännische Geschäftsführung
3. **Tamina Kutscher**
Funktion: Geschäftsführende Vorständin
4. **Christian Mihr**
Funktion: Geschäftsleiter Politik und Strategie

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (7):

1. **Lisa Maria Kretschmer**
2. **Nube Álvarez Sagahon**
3. **Helen Deacon**
4. **Dr. Noura Chalati**
5. **Alina Clasen**
6. **Maximilian Jung**
7. **Christian Mihr**

Gesamtzahl der Mitglieder:

3.389 Mitglieder am 28.05.2026, ausschließlich natürliche Personen

Mitgliedschaften (11):

1. Reporters Sans Frontières (RSF)
2. Bündnis F5
3. Allianz Rechtssicherheit für politische Willensbildung
4. Forum Menschenrechte e.V.
5. Deutsches Institut für Menschenrechte
6. Forum Medien und Entwicklung
7. Coalition against Transnational Repression
8. European Digital Rights (EDRi) network
9. Dialog für Cyber-Sicherheit des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI)
10. No-SLAPP Bündnis
11. Internet Governance Forum Deutschland (IGF-D) e.V. (i.Gr.)

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (14):

Außenpolitik; Menschenrechte; EU-Gesetzgebung; Cybersicherheit; Datenschutz und Informationssicherheit; Digitalisierung; Internetpolitik; Meinungs- und Pressefreiheit; Ausländer- und Aufenthaltsrecht; Rechtspolitik; Strafrecht; Zivilrecht; Verwaltungstransparenz/Open Government; Rüstungsangelegenheiten

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Ziel von Reporter ohne Grenzen e.V. (RSF) ist die Verteidigung des Menschenrechts der Pressefreiheit. Zu diesem Zweck verfolgt RSF folgende Tätigkeiten im Sinne einer Interessenvertretung nach § 1 Absatz 3 LobbyRG:

- Politische Gespräche mit Gremien, Mitgliedern, Fraktionen und Gruppen des Bundestags und deren Mitarbeitenden, mit der Bundesregierung und ihren Mitarbeitenden, konkret dem Bundeskanzler, Bundesminister*innen, parlamentarischen Staatssekretär*innen, Staatssekretär*innen, Abteilungs-, Unterabteilungs-, und Referatsleiter*innen zu konkreten Gesetzgebungsvorhaben, Strategieprozessen, aus Anlass konkreter Reisen und Veranstaltungen oder politischer Ereignisse mit Bezug zum Thema Pressefreiheit, allein oder gemeinsam mit anderen Organisationen.
- In diesem Zusammenhang: Zustellung von Briefings, Berichten und Stellungnahmen.
- Ausrichtung von oder Teilnahme an politischen Veranstaltungen wie z.B. parlamentarischen Frühstück und Abenden.
- Ausübung der Funktion als Sachverständige im Rahmen von Anhörungen.
- Abgabe von Stellungnahmen zu Gesetzgebungsverfahren und Berichten mit Bezug zu Pressefreiheit, z.B. Menschenrechtsbericht der Bundesregierung.

Konkrete Regelungsvorhaben (12)

1. Europäischen Anti-SLAPP-Richtlinie auf innerstaatliche Fälle ausweiten

Beschreibung:

Wirksamer Schutz von Journalist*innen und Medienschaffenden vor Einschüchterungsklagen bei der Umsetzung der europäischen Richtlinie 2024/1069 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. April 2024 über den Schutz von Personen, die sich öffentlich beteiligen, vor offensichtlich unbegründeten Klagen oder missbräuchlichen Gerichtsverfahren („strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung“) in nationales Recht.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 8529/22 [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

GKG 2004 [alle RV hierzu]; ZPO [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Meinungs- und Pressefreiheit [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2506110024 (PDF - 63 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.01.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. Begleitung der nationalen Umsetzung des Europäischen Medienfreiheitsgesetzes (EMFA)

Beschreibung:

Sicherstellung von Medienfreiheit und redaktioneller Unabhängigkeit in Europa.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 12413/22 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Meinungs- und Pressefreiheit [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2506110028 (PDF - 24 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 11.12.2024 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

3. Verbesserungen im Schutz für Journalist*innen vor digitaler Gewalt

Beschreibung:

Das Digitale Dienste Gesetz sollte Medienschaffende als zu schützende Berufsgruppe berücksichtigen. Dafür sind Verbesserungen beim Verständnis von digitaler Gewalt, der Sicherung von Anonymität im Internet sowie der richterlich angeordneten Accountsperrern vonnöten. RSF setzt sich für die effektive Umsetzung der Rolle des inländischen Zustellungsbevollmächtigten ein.

Referentenentwurf:

Gesetz zur Stärkung des zivilrechtlichen und strafrechtlichen Schutzes vor digitaler Gewalt (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 17.04.2026

Federführendes Ministerium: BMJV [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

StGB [alle RV hierzu]; StPO [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Internetpolitik [alle RV hierzu]; Meinungs- und Pressefreiheit [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2605270048 (PDF - 8 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 21.05.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)
[alle SG dorthin]

4. Überwachung der Nachrichtendienste verfassungsskonform ausgestalten & Journalist*innen schützen

Beschreibung:

Ausräumen von verfassungsrechtlichen Risiken und unrechtmäßigem Eingriff in Grundrechte, insbesondere der Pressefreiheit im Rahmen der Datenübermittlung zwischen u. a. Nachrichtendiensten und Strafverfolgungsbehörden. Datenübermittlung muss den Vorgaben des Gerichtsurteils entsprechen.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/8626 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zum ersten Teil der Reform des Nachrichtendienstrechts

Zuständiges Ministerium: BMI (20. WP) [alle RV hierzu]

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/8627 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des BND-Gesetzes

Zuständiges Ministerium: BKAmt [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

BVerfSchG [alle RV hierzu]; BNDG [alle RV hierzu]; MADG [alle RV hierzu]; SÜG [alle RV hierzu]; G10 2001 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Cybersicherheit [alle RV hierzu]; Meinungs- und Pressefreiheit [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2608040009 (PDF - 20 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.07.2026 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)
[alle SG dorthin]

5. Einführung eines Bundestransparenzgesetz

Beschreibung:

Einführung eines Bundestransparenzgesetzes zur Stärkung des Rechts auf Zugang zu Informationen.

Betroffenes geltendes Recht:

EGovG [alle RV hierzu]; DNG [alle RV hierzu]; IFG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Meinungs- und Pressefreiheit [alle RV hierzu]; Verwaltungstransparenz/Open Government [alle RV hierzu]

6. Prävention und Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern; "Chatkontrolle" der EU

Beschreibung:

Illegitime Überwachungsbefugnisse und Eingriffe in vertrauliche Kommunikation verhindern; Verschlüsselung nicht aushöhlen.

Interessenbereiche:

Meinungs- und Pressefreiheit [alle RV hierzu]; Menschenrechte [alle RV hierzu]

7. Forderungen zur Bundestagswahl 2025

Beschreibung:

Zur Bundestagswahl 2025 fordert Reporter ohne Grenzen (RSF) umfassende Maßnahmen zum Schutz der Pressefreiheit. Journalistinnen und Journalisten sollen wirksam vor Gewalt, Überwachung und Einschüchterung geschützt werden. Dazu zählt der bessere Schutz bei Demonstrationen, die Umsetzung der EU-Anti-SLAPP-Richtlinie und stärkere Kontrolle von Sicherheitsbehörden. RSF verlangt zudem ein Recht auf sichere Kommunikation, eine transparente Medienförderung, Reformen im Medienkonzentrationsrecht und die konsequente Anwendung des Europäischen Medienfreiheitsgesetzes. Exiljournalistinnen und Exiljournalisten sollen durch humanitäre Visa, Schutzprogramme und gezielte Förderung unterstützt werden. Pressefreiheit müsse auch in der Digital- und Sicherheitspolitik oberstes Gebot sein.

Interessenbereiche:

Ausländer- und Aufenthaltsrecht [alle RV hierzu]; Außenpolitik [alle RV hierzu]; Cybersicherheit [alle RV hierzu]; Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Internetpolitik [alle RV hierzu]; Meinungs- und Pressefreiheit [alle RV hierzu]; Menschenrechte [alle RV hierzu]; Rechtspolitik [alle RV hierzu]; Strafrecht [alle RV hierzu]; Verwaltungstransparenz/Open Government [alle RV hierzu]; Zivilrecht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2506190018 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 22.01.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

8. Einführung einer Digitalabgabe

Beschreibung:

Einen stabilen und zukunftsfähigen Finanzierungsmechanismus für Medien aufbauen und die Medienvielfalt in Deutschland dauerhaft absichern; die Mittelvergabe muss an neutrale und nachvollziehbare Kriterien gebunden werden, um staatliche Einflussnahme auf redaktionelle Inhalte auszuschließen, die Unabhängigkeit der Presse zu wahren und demokratiefördernd zu wirken.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 464/25 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entschließung des Bundesrates zur Einführung einer Digitalabgabe für Online-Plattformen

Interessenbereiche:

Meinungs- und Pressefreiheit [alle RV hierzu]

9. Die Gemeinnützigkeit von Non-Profit Journalismus anerkennen

Beschreibung:

Non-Profit-Journalismus als eigenständiger gemeinnütziger Zweck in § 52 Abgabenordnung verankern

Betroffenes geltendes Recht:

AO 1977 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Meinungs- und Pressefreiheit [alle RV hierzu]

10. Umsetzung der Richtlinie (EU) 2017/541 zur Terrorismusbekämpfung und zur Anpassung des Strafrahmens bei geheimdienstlicher Agententätigkeit

Beschreibung:

Änderungen in § 99 StGB sowie den neuen Straftatbestand der Ausübung fremder Einflussnahme und der darauf gerichteten Agententätigkeit (§ 87a StGB) auf seine Wirksamkeit zur Bekämpfung transnationaler Repression in Deutschland prüfen; Journalist*innen und Medienschaffende besser vor geheimdienstlicher Agententätigkeit und ausländischer (staatlicher) Verfolgung/ Bedrohung/ Überwachung schützen

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/3191 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2017/541 zur Terrorismusbekämpfung und zur Anpassung des Strafrahmens bei geheimdienstlicher Agententätigkeit

Zuständiges Ministerium: BMJV [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

StGB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Strafrecht [alle RV hierzu]

11. **Journalistische Schutzrechte im Zuge der Einführung einer IP-Adressdatenspeicherung wahren**

Beschreibung:

Wirksamer Schutz von und Ausnahmeregelungen für Journalist*innen vor Überwachung durch Maßnahmen der Vorratsdatenspeicherung durchsetzen

Referentenentwurf:

Gesetz zur Einführung einer IP-Adressspeicherung und Weiterentwicklung der Befugnisse zur Datenerhebung im Strafverfahren (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 22.12.2025

Federführendes Ministerium: BMJV [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

StPO [alle RV hierzu]; TTDSG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; Meinungs- und Pressefreiheit [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2602270014** (PDF - 10 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 30.01.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)
[alle SG dorthin]

12. **Änderung des Gesetzes über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung**

Beschreibung:

Schutz von Medienhäusern und Redaktionen vor zu weitreichenden Befugnissen hinsichtlich Durchsuchungen und Beschlagnahmen

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/4089 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung der Verordnung (EU) 2024/900 über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung (Politische-Werbung-Transparenz-Gesetz - PWTG)

Interessenbereiche:

Meinungs- und Pressefreiheit [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2604150009 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 12.03.2026 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (2):

1. **Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Stresemannstraße 94, 10963 Berlin

Betrag: 600.001 bis 610.000 Euro

Die Mittel werden zur Umsetzung eines Programms für die Sicherheit von Journalist*innen in Mexiko, Brasilien, Syrien und Senegal genutzt. Hierbei wird kooperiert mit der mexikanischen Menschenrechts-NGO Propuesta Civica, den RSF-Büros Lateinamerika in Rio de Janeiro und Westafrika in Dakar und dem Syrian Center for Media and Freedom of Expression. Das Defending Voices Program for the Safety of Journalists soll dazu beitragen, in den Projektländern sichere Arbeitsumfelder zu schaffen und die Straflosigkeit für Verbrechen gegen Medienschaffende zu bekämpfen.

2. **Berliner Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe**

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Martin-Luther-Straße 105, 10825 Berlin

Betrag: 120.001 bis 130.000 Euro

Reporter ohne Grenzen gibt Journalist*innen aus Kriegs- und Krisengebieten die Möglichkeit, für vier Monate in Berlin eine Auszeit zu bekommen und in Fragen der digitalen Sicherheit weitergebildet zu werden.

Den Stipendiat*innen wird praktisches Wissen vermittelt, um sich in ihrer journalistischen Arbeit vor digitalen Gefahren schützen zu können. In einem zweiten Schritt bereiten die Stipendiat*innen ein eigenes Trainingskonzept vor, mit dem sie in ihren Heimatländern das

gelernte Wissen an Kolleg*innen weiterverbreiten. Dadurch soll das Wissen über digitale Sicherheit über das Stipendienprogramm hinaus zum Schutz von Medienschaffenden beitragen.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

2.940.001 bis 2.950.000 Euro

Beträge über 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (1):

1. Postcode Lotterie DT gemeinnützige GmbH

Betrag: 750.001 bis 760.000 Euro

Fördermittel

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

430.001 bis 440.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

[RSF-Gepruefter-Jahresabschluss-2024.pdf](#)